



Nr. 1/2009

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der Antifaschisten

Der Kapp-Putsch

Das innerdeutsche Kräfteverhältnis hatte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 und Anfang 1920 weiter zugunsten der Reaktion verschoben. Die nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags erforderliche Verminderung der deutschen Heeresstärke diente präfaschistischen Kreisen als Ansatzpunkt für einen Staatsstreich gegen die Weimarer Republik. Ende Februar 1920 hatten die westlichen Siegermächte die Reichsregierung kategorisch aufgefordert, die Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld, zwei aus der Marine hervorgegangene Freikorps, aufzulösen.

Dieser Aufforderung wollte die Reichsregierung nachkommen und obwohl sie von der Weigerung des Generals von Lüttwitz Kenntnis hatte, blieb sie bis zuletzt sorglos und vertraute auf die Loyalität der Generale.

In den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 marschierte die berühmte Marinebrigade Ehrhardt unter den schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreiches und mit Hakenkreuzen an den Stahlhelmen in das Regierungsviertel von Berlin ein. An der Spitze der Putschisten standen der General-

landschaftsdirektor und konservative Reichstagsabgeordnete Wolfgang Kapp, seit 1912 Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, zusammen mit dem Oberbefehlshaber aller Reichswehrtruppen Nord-, Mittel- und Ostdeutschlands, General Walther von Lüttwitz.

Die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung flüchtete über Dresden nach Stuttgart, nachdem General von Seeckt, der Chef des Truppenamtes, sich geweigert hatte, Reichs-

wehr-Truppen gegen die Putschisten einzusetzen. („Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“) Die Putschisten erklärten die Nationalversammlung für aufgelöst.

Noch am gleichen Tag riefen die SPD, die USPD und die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Die KPD schloss sich einen Tag später an. Der Generalstreik legte überall in Deutschland die Produktion, den Verkehr und das Nachrichtenwesen lahm. Insgesamt streikten über 12 Millionen Arbeiter und Angestellte. Seinen Höhepunkt hatte der Streik im Ruhrgebiet, wo in vielen Orten Komitees aus den Arbeiterparteien die Macht übernahmen und den militärischen Kampf gegen die Kapp-Putsch-Truppen anführten.

Fortsetzung auf Seite 6



Ehnenmal für die Märzgefallenen in Werne

Demonstration

am Sonntag, 29. März 2009

Treffpunkt 11.00 Uhr

(Sommerzeit!)

Werner Markt

Es spricht:

**Wolfgang Dominik, Mitglied
des Kreisvorstandes der
VVN - BdA Bochum und
Mitglied der GEW**

Superwahljahr 2009

In der Bundesrepublik Deutschland finden im Jahr 2009 15 verschiedenen Wahlen statt. Es sind Kommunal- und Landtagswahlen sowie die Europa- und die Bundestagswahl. Deshalb wird 2009 auch als das Superwahljahr bezeichnet.

In NRW wollte sich die schwarz-gelbe Landesregierung durch die Zusammenlegung der Kommunal- mit der Europawahl aus parteitaktischen Gründen Vorteile verschaffen, dies ist aber gescheitert.

Durch das Urteil des Landesverfassungsgerichtes ist die Landesregierung voll auf die Nase gefallen.

Trotz dieser Niederlage hört die Termintrickserei nicht auf. Jetzt heißt es nicht mehr zusammenlegen und Geld

sparen. Ein eigener Termin für die Kommunalwahlen muss her, obschon sich eine Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl anbietet. Millionen zusätzlicher Gelder für die Städte und Kreise sind nötig, so dass auch CDU- Bürgermeister gegen diese Verschwendung wettern.

Bei diesen Tricksereien ist ein wichtiges Thema in den Hintergrund getreten: Neofaschistische Parteien und Gruppierungen setzen alles daran, ihre

Position in den Rathäusern auszubauen. Dem muss Einhalt geboten werden.

Wir Antifaschisten sagen dazu, dass es zwar selbstverständlich ist, keine Nazis in die Parlamente zu wählen, man sollte aber die anderen Parteien auch darauf prüfen, ob ihre Politik entschieden antifaschistisch ist.

Klaus Kunold

VVN - BdA Bochum fordert das Verbot der NPD

Auf einer Veranstaltung der VVN - BdA Bochum am 6. März referierte Thomas Willms, der Bundesgeschäftsführer der Organisation zum Thema „NPD – Verbot jetzt!“

Thomas Willms zeigte auf, dass zu jeder Zeit ein neuer Verbotsantrag möglich ist und dass dafür keine außerordentlich hohen Hürden bestehen. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahre 2003 den Verbotsantrag nicht aus inhaltlichen Gründen abgelehnt, sondern weil die Antragsteller die Tätigkeit führender NPD-Funktionäre als V-Leute vorsätzlich verschwiegen hatten. Die Landesinnenminister können hier für Abhilfe sorgen: Sie brauchen lediglich die V-Leute in den Spitzengremien der NPD abschalten. Jedes siebte Vorstandsmitglied auf Bundes- und Landesebene soll dazu gehören. Der Wert der „Informationen“ aus diesem Kreis ist ohnehin nicht hoch, denn die V-Leute sind und bleiben Nazis, sie beziehen lediglich ein Zusatzeinkommen vom Verfassungsschutz, ihre Glaubwürdigkeit tendiert gegen Null.

Außerdem erläuterte Willms die weiteren Schritte der VVN zum NPD-Verbot. Die Gruppen vor Ort sollen Druck auf „ihre“ Bundestags- und Landtagsmitglieder machen, in den entsprechenden

Gremien tätig zu werden.

Die Innenminister der Länder sollen verstärkt aufgefordert werden, ihre V-Leute abzuschalten. Für die Kampagne steht neues aufwändiges Informationsmaterial und kreative Aufkleber und Plakate zur Verfügung, die die VVN und ihre Bündnispartner offensiv bis zum Ende der Kampagne am 08.05.2010 einsetzen werden.

Christoph Nitsch

Bochum in der NS-Zeit

Die nationalsozialistische Machtergreifung und ihre Folgen, Massenaufmärsche und Propaganda, Gleichschaltung und Terror, Verfolgung und Vernichtung der politischen Gegner und der Bochumer Juden lassen sich am Schicksal einzelner Menschen und im Alltag einer Stadt an vielen Orten erfahrbar machen.

Bei diesem Rundgang durch die Bochumer Innenstadt soll ein Einblick gegeben werden, was Alltag unterm „Hakenkreuz“ für die Menschen, die hier lebten, bedeutete.

Klaus Kunold

**Sonntag, 22. März, 14.00-16.15 Uhr
Treff: Rathaus Bochum, an der Glocke
20 Tn., 4,- EUR**

+++ Broschüre +++



Günter Gleising:

Ende und Anfang – Die Befreiung von Faschismus und Krieg
Eine Chronologie der Ereignisse

... Schwerpunkt der Arbeit der VVN/BdA ist die „Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochum“. Nun ist die achte Broschüre dieser Reihe erschienen, welche die „Befreiung von Faschismus und Krieg“ in Bochum und anderen Städten im Ruhrgebiet behandelt. Ich begrüße diese Arbeit nachdrücklich und wünsche ihr eine nachhaltige Resonanz.

Dr. Otilie Scholz

(Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum)

Erschienen in der *Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums, Heft 8.*

ISBN alt: 3-931999-10-6

ISBN neu: 978-3-931999-10-0

EUR 6,50.

60 Jahre Nato NATO sind kein Grund zum Feiern

Noch war der Pulverdampf des 2. Weltkrieges, der von den Deutschen begonnen und weite Teile der Welt in Brand gesetzt hatte, nicht verflogen, da dämmerte es führenden Personen in den kapitalistischen Ländern, dass man „das falsche Hühnchen geschlachtet hatte“ (Churchill).

Noch waren die 60 Millionen Toten nicht betrauert, als schon wieder die Parole ausgegeben wurde, die Sowjetunion strebe nach der Weltherrschaft, wolle bald „den Westen“ überfallen, wolle ihre Macht bis an den Rhein oder gleich bis zum Atlantik ausweiten. Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Krieges getragen, hatte letztlich Deutschland vom Faschismus befreit, hatte allein 30 Millionen Tote durch die faschistischen Mörderbanden zu beklagen war gemäß der deutschen Devise des „totalen Krieges“ völlig zerstört. Alle Angebote dieses Landes zu einer friedlichen Koexistenz, zur Anerkennung der Grenzen und zur Abrüstung, wurden als böswillige kommunistische gottlose Propaganda disqualifiziert. Im Mai 1949 wurde die NATO gegründet, die North Atlantic Treaty Organisation mit dem Anspruch, ein Verteidigungsbündnis gegen die expansiven Horden aus dem Osten zu sein. Auch in den Westzonen, aus de-

nen 1949 die Bundesrepublik Deutschland entstand, waren alle antifaschistischen und antimilitaristischen Versprechungen bald verflogen. In zumeist trauriger Eintracht mit den Großmächten des kapitalistischen „Westens“, USA, Großbritannien und Frankreich, wurden ab 1949 am Parlament vorbei Remilitarisierungspläne geschmiedet, trotz aller Widerstände großer Teile der westdeutschen Bevölkerung in die Tat umgesetzt und mündeten 1955 in den NATO-Beitritt. Kriegsgegner wurden z.T. blutig verfolgt, wegen angeblich kommunistischer und staatsgefährdender Umtriebe in Gefängnisse gesperrt, wurden mit Berufsverboten bestraft. Gleichzeitig tobte durch die USA die McCarthy-Ära. BürgerInnen, die auch nur ansatzweise Kritik an der Politik ihrer Regierung übten, wurden als unverbesserliche Rote gebrandmarkt., verschwanden in Gefängnissen, wurden ununterbrochen von den Geheimdiensten verfolgt.

Fortsetzung auf Seite 4



*Die NATO bei einer von ihr so genannten „Humanitären Mission“:
Hier ein bombardierter ziviler Eisenbahnzug.*

Anzeige



**Unabhängig – radikal
– solidarisch**

Für einen linken Feminismus!

WIR FRAUEN steht für einen linken Feminismus, der mehr will als die Hälfte vom Kuchen und der eine andere, gerechte Welt für möglich und auch nötig hält.

Wir legen keinen Wert darauf, für die BILD-Zeitung zu werben, hierzulande Soldatinnen zu werden oder uns individuell erfolgreich ins System zu fügen.

Wir beziehen uns wertschätzend auf die Vielfalt der Frauenbewegungen hier und andernorts und sind neugierig gegenüber den „neuen Feministinnen“. Die Redakteurinnen repräsentieren ein Stück dieser Vielfalt selbst, sind zwischen 23 und 64 Jahre alt, kommen aus den sozialistischen, gewerkschaftlichen, antifaschistischen und internationalen Solidaritätsbewegungen sowie aus der „alten“ und „neuen“ Frauen-, queer- und Lesbenbewegung. Wir tragen Differenzen aus, aber lassen uns nicht künstlich auseinander dividieren.

Damals wie heute stellt WIR FRAUEN dieselben Fragen: Wer profitiert von den Verhältnissen? Wer schafft die Verhältnisse? Wer zahlt den Preis? Wie leisten Frauen Widerstand, hier und andernorts? Wo und wie realisieren sie ihre Ideen und Lebensentwürfe, ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe? Wie können Arbeit und Einkommen, Kultur, Bildung und Gesundheit, Familienarbeit, Einfluss und Verantwortung gerecht miteinander geteilt werden? Jenseits des Mainstreams stellen wir Frauen und ihre Projekte vor und erinnern an historische Ereignisse der Frauenbewegung.

Weil Frauen im medialen Mainstream mit ihren Lebenswirklichkeiten, Kompetenzen, Arbeiten und Positionen noch lange nicht angemessen repräsentiert sind, schaffen wir ein Stück notwendiger Gegenöffentlichkeit – für die Leser_innen unserer Zeitschrift, über einen Taschenkalender, unsere Homepage www.wirfrauen.de und eine elektronische Newsletta.

Du möchtest mehr erfahren, mitmachen oder einen Beitrag in der WIR FRAUEN veröffentlichen?

Wir freuen uns darauf, Dich kennen zu lernen!

Fortsetzung von Seite 3

60 Jahre Nato NATO sind kein Grund zum Feiern

Die Politik des Roll-Back, der propagierten Befreiung der Länder, die sich auf einen schweren sozialistischen Weg gemacht hatten, vom atheistisch-bolschewistischen Joch, wurde mit allen militärischen Mitteln geplant. Bis zu heute nur modifizierten Einsatzplänen für Atom-Bomben reicht das NATO-Arsenal – von vielen Bürgern auf Grund der ihnen eingepflichten Feindbilder immer untätiger hingenommen.

1990/91 hatte die NATO ein erstes Ziel erreicht: Die Sowjetunion war tot gerüstet. Die ungeheuren eskalierenden Rüstungsausgaben für immer neue Waffensysteme hatten ihre und die ökonomischen Ressourcen anderer staatssozialistischer Länder schwer getroffen.

Nach der Niederlage im Kalten Krieg glaubten viele an die Friedensdividende, den Abbau der Rüstung und die Auflösung des „Warschauer Paktes“ und der NATO. Der „Warschauer Pakt“ wurde tatsächlich aufgelöst, was aber die NATO-Länder nur veranlasste, jetzt die NATO bis weit nach Osten, möglichst nah an die Grenzen Russlands

und Chinas auszudehnen, um für einen zukünftigen Krieg möglichst gute strategische Ausgangspositionen zu haben. Der Anspruch, ein Verteidigungsbündnis zu sein, wurde auch ganz offiziell ersetzt. Die NATO wurde zur weltweiten Interventionsbündnis.

Während bisher militärisches Eingreifen „out of area“ tabuisiert war, zeigte die NATO und jetzt Deutschland als wichtigste militärische und ökonomische Macht in Westeuropa, dass Grundgesetz, UN-Charta, Völkerrecht und selbst die NATO-Charta nur hinderlich sind bei den Expansionsabsichten. 1999 wurde die Republik Jugoslawien – deutsche Bomber in der ersten Reihe, so stolz die Bild-Zeitung – überfallen. Eine „rot-grüne“ Regierung hatte ermöglicht, was die CDU/CSU immer abgelehnt hatte.

Der globale Anspruch wurde dann auch bis heute in Afghanistan unterstrichen. Einzelne Truppenteile der NATO agieren im Kongo, im Sudan, in Georgien. Allein Deutschland ist mit ca. 8000 SoldatInnen ständig an 10 Kriegsschau-



plätzen präsent. Die Beute ist die ganze Welt, und da müssen wir mitmachen, erklärten Kanzler und Minister. 75 Prozent der Weltrüstungsausgaben, ca. 800.000.000.000 (800 Milliarden) US-Dollar, werden den Völkern der NATO abgepresst und den Rüstungskonzernen überwiesen.

Allein die Deutschen verzichten täglich auf 2 Millionen Euro im Kampf gegen die Armut, kaputte Schulen, wachsendes Elend, weil so viel „nur“ die „Verteidigung am Hindukusch“ kostet – täglich!

Über Möglichkeiten der Gegenwehr und der Friedensbewegung informiert der Ostermarsch, das Friedensplenum Bochum, andere dem Frieden verpflichtete Gruppen, besonders die VVN-BdA.

Wolfgang Dominik

Ostermarsch Ruhr 2009

Der Wahlspruch der politischen Opfer der Nazibarbarei war „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ So ist es selbstverständlich, dass die VVN - BdA Bochum herzlich zu den Veranstaltungen des Ostermarsches 2009 einlädt.

Das genaue Programm findet ihr unter www.ostermarsch-ruhr.de

Hier nur wenige Hinweise, die sich auf Bochum beziehen:

Am Ostersonntag, dem 12.4. findet ab 9.00 Uhr vom Willy-Brandt-Platz in Essen eine Fahrraddemo nach Bochum statt. An einigen Zwischenstopps gibt es Speis und Trank, Reden und Musik. Alle Interessierten können sich auch bei diesen Zwischenstopps (s.o. Internet) noch „einklinken“.

Ab 16.00 Uhr findet im Bahnhof Langendreer die Abschlusskundgebung

statt. Es spricht der bekannte Buchautor, Journalist, „Ossietsy“-Herausgeber und Friedenskämpfer Eckhard Spoo



aus Berlin: „Liegt Afghanistan am Nordatlantik? Die NATO – kein Friedensbündnis“.

Am Ostermontag ist um 10.00 Uhr ein Friedensgottesdienst in Bo-Werne, dann um 11.00 Uhr Frühstück vor der Kirche am Brühmann-Haus in der Kreyenfeldtstraße. Nach Frühstück und wenigen Wortbeiträgen wird nach Dortmund marschiert, wieder mit Zwischenstopps, bis zum Wichern-Haus, Stollenstraße 36. Dort ist die Abschlusskundgebung, wieder mit wichtigen Wortbeiträgen, Essen, Trinken und Musik.

Wolfgang Dominik

60 Jahre Grundgesetz

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt. Max Reimann, der Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat, erklärte damals dazu: „*Sie, meine Damen und Herren, haben dieses Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!*“

Inzwischen ist dieses Grundgesetz zig mal geändert worden, und dabei wurden fast immer demokratische Freiheitsrechte eingeschränkt oder gleich ganz aufgehoben.

Da ist z.B. das Recht auf Asyl, das damals aus den Lehren der Hitlerbarbarei und in dem Bewusstsein, dass ein demokratisches Land verfolgten Menschen Hilfe leisten muss, ins Grundgesetz geschrieben worden, es

ist aber in den 60 Jahren bis zur Unkenntlichkeit verkommen. Heute ist es kaum noch möglich, in Deutschland Asyl zu erhalten.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes steht „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung ... ausgeübt.*“ Ein Wahlgesetz wurde verabschiedet, aber 60 Jahre nach der Unterzeichnung des Grundgesetzes hat das Volk lediglich darüber zu bestimmen, wer an die Macht kommt, aber darüber abstimmen, ob z.B. unsere Soldaten weltweit in Kriege verwickelt werden, dazu reicht die Demokratie nicht aus. Volksabstimmungen sind nicht vorgesehen.

Vor 60 Jahren hatten die Väter (und wenige Mütter) des Grundgesetzes es unmöglich machen wollen, dass jemals wieder Nazis unsere Straßen unsicher machen. Sie fügten einen Artikel 139 ins Grundgesetz, in dem ganz einfach steht, dass „*die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Vorschriften erlassenen Rechtsvorschriften*“ von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt werden. Trotzdem, die Nazis marschieren wie-

Der Präsident des Parlamentarischen Rates gab bekannt, daß die Veröffentlichung des Grundgesetzes in der heute erscheinenden Nummer 1 des Bundesgesetzblattes erfolgt.

Abschließend hat der Präsident des Parlamentarischen Rates festgestellt, daß mit der Feststellung der Annahme des Grundgesetzes, dessen Ausfertigung und Verkündung, das Grundgesetz für alle Länder der amerikanischen, der britischen und der französischen Zone bindendes Recht geworden ist.

Die Richtigkeit der vorstehenden urkundlichen Feststellungen und der Echtheit der eigenhändigen Unterschrift des Präsidenten des Parlamentarischen Rates bestätigen hierdurch durch ihre eigene Unterschrift.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres
Eintausendneuhundertneunundvierzig

der. Und ein deutscher Bundespräsident, es war Herzog, nannte diesen Artikel einfach „*obsolet*“. Dabei darf das Grundgesetz nur von einer 2/3 Mehrheit im Bundestag geändert werden und nicht einfach so vom Bundespräsidenten.

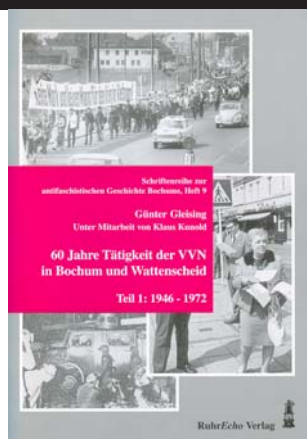
Die Wohnung, das Brief- und Telefongeheimnis sind ebenfalls im Grundgesetz geschützt. Das hält aber unseren Innenminister Schäuble nicht auf, immer neue Einschränkungen zu fordern und durchzusetzen.

60 Jahre Grundgesetz, das ist gleichzeitig 60 Jahre Abbau demokratischer Rechte, Abbau von Freiheit und grundgesetzwidrige Behinderung von Menschen, die für demokratische Alternativen kämpfen. Daran sollte gedacht werden, wenn man 60 Jahre Grundgesetz feiert.

Und in Krisenzeiten muss man sich an die Artikel 14 (2) und 15 erinnern. **Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll der Allgemeinheit dienen.** Und nicht Spekulanten und Konzernherren.

Lutz Berger

+++ Broschüre +++



60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid

Teil 1: 1946 - 1972

Das vorliegende Heft beschreibt die Geschichte der VVN in Bochum und Wattenscheid.

Schwerpunkte sind u.a. die Entnazifizierung, Restauration, Kalter Krieg, Neofaschismus und Entspannungspolitik.

Preis: 7,50 Euro

Fortsetzung von Seite 1:

Kapp-Putsch

Als am 13.3. die Nachricht vom Putsch auch in Bochum eintraf, legten die Arbeiter des „Bochumer Vereins“, der Zechen „Engelsburg“ und „Präsident“ sowie viele andere Betriebe die Arbeit nieder. Auf dem Moltkeplatz (heute Springerplatz) versammelten sich daraufhin ungefähr 20.000 Menschen, um gegen den Putsch zu demonstrieren.

Am 17. März wurde die Kapp-Regierung zum Rücktritt gezwungen.

Die Arbeiter- und Vollzugsräte versuchten nun, in Verhandlungen mit der wieder im Amt befindlichen SPD-Regierung, eine neue Ordnung mit sozialistischen Elementen einzuführen.

In den Verhandlungen mit den Streikenden kam es zu Zusicherungen der Regierung.

Als diese nicht eingehalten wurden, führten die Arbeiter den Generalstreik fort. Dagegen setzte die Reichsregierung teilweise dieselben Truppen ein, die am Putsch beteiligt waren bzw. ihn unterstützt hatten. Allein im Ruhrgebiet wurden bei den Kämpfen über 1.000 Arbeiter von den Reichswehreinheiten zum Teil bestialisch umgebracht.

Auch in diesem Jahr ruft die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten auf, der Kämpfer gegen den rechteextremen Kapp-Putsch von 1920 und der antifaschistischen Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg zu gedenken und auf dem Kommunalfriedhof in Bochum-Werne Kränze niederzulegen. Ihr Mut, Einsatz und Idealismus sollte für uns Verpflichtung sein, den Neonazis heute den Weg zu versperren und für Frieden, Freiheit, Solidarität und sozialen Fortschritt einzutreten.

Siegfried Evers

Jutta Duschka fehlt!

„Du wirst uns fehlen!“ So stand es auf der Schleife des Kranzes, den die Kreisvereinigung Bochum der VVN-Bund der Antifaschisten auf der Trauerfeier am 6. Januar vor ihrem Sarg niedergelegt hatte. Denn seit ihrem plötzlichen Tod am 29. Dezember sieht die Arbeit in der VVN anders aus. Auf den Mitgliederversammlungen und den Kreisvorstandssitzungen fehlt Jutta Duschka, unsere jahrelange Kameradin und Freundin. Und mit ihr fehlen ihre kritischen Fragen, ihre engagierte Mitarbeit und ihr Humor. Begreifbar ist das für uns alle noch nicht, jeder fehlt ja mal. Aber Jutta fehlt für immer.

Viele haben bei der Trauerfeier von Jutta Abschied genommen. Ihr politisches Engagement, ihr Einsatz für eine friedliche und gerechte Gesellschaft ohne Rassismus und Faschismus ist weit über die VVN-BdA Bochum hinaus bekannt. Das spiegelte sich in den Reihen der zahlreichen Menschen wider, die zur Trauerfeier gekommen waren.

Vergessen wir aber auch nicht das weniger Spektakuläre, aber mindestens ebenso Wichtige: Juttas persönliche Anteilnahme an den Lebenssituationen anderer Menschen. Denn Jutta hatte



auch stets ein Ohr für die Sorgen anderer. So, wie es eben ist, wenn das Engagement sich nicht nur in Bekenntnissen wiederfindet, sondern wirklich gelebt wird.

Es wird viele Situationen geben, in denen Juttas Fehlen spürbar wird: an den Infoständen, bei denen sie fast immer dabei war, auf dem Ostermarsch für Demokratie und Abrüstung, bei dem sie aktiv war, auf Veranstaltungen zum Neonazismus und bei den Kranzniederlegungen an den Gräbern der Opfer des Nazi-Regimes. Ganz besonders fehlt sie aber an Klaus Kunolds Seite. So bleibt es an uns, da zu sein!

(E.J.)

Horst Nölke verstorben

Unser Kamerad und Freund Horst verstarb am 16. Februar 2009.

Aufgrund seiner Lebenserfahrung wurde er zum aktiv handelnden Mensch. Lange Jahre war er stellvertretender Kreisvorsitzender der VVN - Bund der Antifaschisten in Bochum.

Auch in der Gesellschaft Bochum - Donezk war er lange Zeit stellvertre-

tender Vorsitzender. Horst setzte sich für eine friedliche und gerechte Welt ohne Rassismus und Faschismus ein.

Zwei Themen lagen ihm besonders am Herzen: Der Kampf gegen den Neofaschismus und die Anliegen der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen. Er setzte sich vehement für die Entschädigung dieser Menschen ein.

Sein antifaschistisches Engagement ist Vorbild für uns als Mitglieder der VVN – BdA.

Wir werden in seinem Sinne weiter arbeiten.

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Klaus Kunold, 44789 Bochum.

Satz: Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Druck:** DIGU - Print. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.